



2018/14 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2018/14/jesu-liebe-gilt-nicht-allen>

Evangelikale in Lateinamerika und die Präsidentschaftswahl in Costa Rica

Jesu Liebe gilt nicht allen

Von **René Thannhäuser**

In Lateinamerika sind evangelikale Sekten weiterhin erfolgreich. Immer stärker drängen sie auch in die Politik. Dort widmen sie sich vor allem dem Kampf gegen gesellschaftspolitische Liberalisierungsbestrebungen.

Sein Einzug als bestplatzierter Kandidat in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen in Costa Rica war eine Sensation. Am Ostersonntag entschieden sich die Wähler in Costa Rica in der Stichwahl deutlich gegen den evangelikalen Prediger Fabricio Alvarado, der 39 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt. Dass Alvarado mit einem aggressiven homophoben Wahlkampf weit über die etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmachende Minderheit evangelikaler Christen hinaus Stimmen gewinnen konnte und seine ultrakonservative Partei PRN mit 14 von 57 Sitzen die zweitgrößte Fraktion im neuen Parlament stellen wird, ist jedoch ein Novum. Die Wahl in Costa Rica muss allerdings im Kontext einer Entwicklung in ganz Lateinamerika betrachtet werden: dem Erfolg und der neuen politischen Macht der Evangelikalen.

Seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts und verstärkt in den vergangenen drei Jahrzehnten verzeichnen verschiedene, aus den USA stammende freikirchlich protestantische Bewegungen im traditionell katholischen Lateinamerika regen Zulauf. Insbesondere in Brasilien und Zentralamerika laufen die evangelikalen, die charismatischen und vor allem die pfingstlerischen Gemeinden der katholischen Kirche den Rang ab. Umfragen zufolge ist mittlerweile die Mehrheit der praktizierenden Gläubigen Lateinamerikas nicht katholisch. Evangelikale und Pfingstler setzen auf die unmittelbare individuelle Erfahrung mit Jesus Christus oder dem Heiligen Geist und schaffen es, im radikalen Gegensatz zur katholischen Liturgie, religiöse Bedürfnisse affektiv zu kanalisieren. Die dezentral und netzwerkartig organisierten Kirchen haben ihre Massenbasis in Lateinamerika hauptsächlich in der armen Bevölkerung.

Einer jüngst von der Universität von Costa Rica (UCR) veröffentlichten Studie über Jugendliche in fünf zentralamerikanischen Elendsvierteln zufolge sind diese am zweithäufigsten in protestantischen Kirchengemeinden aktiv, nach Sportvereinen und deutlich vor der katholischen Kirche. In Guatemala sind die protestantischen Gemeinden sogar die beliebteste Organisationsform. Das Land gilt als Musterbeispiel für den Erfolg des missionarisch-karitativen Engagements der Evangelikalen. Während des guatemaltekischen Bürgerkriegs kam es 1976 zu einem schweren Erdbeben. Danach strömten meist nordamerikanische evangelikale Hilfsorganisationen ins Land. Noch in den abgelegensten Dörfern können dort heute

evangelikale oder pfingstlerische Gemeindehäuser gefunden werden, die in Ermangelung staatlicher Infrastruktur zentrale Aufgaben in der medizinischen Versorgung oder Bildung übernehmen. Mittlerweile sind genauso viele Guatemalteken protestantisch wie katholisch. Seit Januar 2016 ist der aus armen Verhältnissen stammende evangelikale Fernsehkomiker Jimmy Morales Präsident des Landes.

David López, ein Historiker an der Nationalen Universität von Kolumbien und selbst pfingstlerischer Pastor, erklärt den Erfolg seiner Bewegung in Lateinamerika damit, dass diese im Gegensatz zur Befreiungstheologie keine Theologie für die Armen, sondern eine religiöse Bewegung der Armen sei. Während der sozial engagierte, bisweilen revolutionäre und häufig im Konflikt zur Amtskirche stehende Flügel des Katholizismus eine eher kontemplative, auf einen strukturellen Wandel der Gesellschaft abzielende Ethik vertrete, sei der Erfolg der Pfingstler mit ihrer Betonung des Diesseits zu erklären. Das christlich erleuchtete Individuum werde bereits als Zeichen für sozialen Wandel begriffen; man hoffe nicht auf Reformen oder Maßnahmen des Staates, stattdessen diene die Gemeinde als sozial geschützter Raum und Ort gelebter Solidarität.

Der Erfolg der Pfingstbewegung und der Evangelikalen in Lateinamerika ist auch durch den partizipativen und offenen Charakter dieser Bewegungen zu erklären. Typisch sind die Garagen- oder Wohnzimmerkirchen, in denen Laienprediger vor einige wenige Anwesende treten. Einige evangelikale Organisationen sind allerdings zu regelrechten Wirtschafts- und Medienimperien aufgestiegen. Ein Beispiel ist der als »Cash Luna« bekannte evangelikal-charismatische Prediger Carlos Enrique Luna. Dessen vor den Toren Guatemala-Stadts stehendes Gemeindezentrum, in dem 12 000 Menschen Platz finden, gleicht einer modernen Unterhaltungsarena. Luna ist wegen seiner Präsenz in sozialen Medien und eigenen Fernsehsendungen im gesamten nordamerikanischen Raum bekannt.

Die »Universelle Kirche von Gottes Reich« (IURD) aus Brasilien, die 1977 vom ehemaligen Lotterieverkäufer Edir Macedo gegründet wurde, zählt weltweit mehrere Millionen Mitglieder. Schätzungen gehen davon aus, dass die Kirche allein in Brasilien 1,1 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr macht, unter anderem durch den Verkauf von Opfern und rituellen Talismanen. Der Kirche gehören mittlerweile 76 Radiostationen, 20 Fernsehsender sowie diverse Zeitungen und Verlage. In verschiedenen Ländern ist die Kirche bereits mit dem Gesetz in Konflikt geraten, unter anderem wegen Steuerhinterziehung. Seit dem 1. Januar 2017 ist das IURD-Mitglied Marcelo Crivella Bürgermeister von Rio de Janeiro.

Aufgrund der großen Anhängerzahlen und ökonomischen und medialen Macht verwundert es kaum, dass die Evangelikalen und Pfingstler in Lateinamerika immer stärker zur Macht drängen. Sie wollen ihren spirituellen Kampf in die Politik tragen, um diese von »Amoralismus und Dekadenz« zu befreien. Den Kern bildet eine ultrakonservative Agitation gegen die Liberalisierung von Abtreibungs- und Drogengesetzgebung, gegen die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Ehe und für »den Schutz der Familie«. 2016 beispielsweise warben die Evangelikalen in Kolumbien vehement dafür, beim Referendum zum Friedensvertrag mit der Guerilla Farc mit Nein zu stimmen, weil der vorgelegte Vertrag von der »Gender-Ideologie« geprägt sei.

Dieses Jahr werden in Lateinamerika in weiteren Ländern wichtige Wahlen stattfinden. Die Evangelikalen haben beste Chancen, noch einflussreicher zu werden. Bei den im Mai

stattfindenden Präsidentschaftswahlen in Venezuela tritt der in den »Panama Papers« belastete evangelikale Prediger und Unternehmer Javier Bertucci an. Er möchte die Venezolaner zu »andächtigen« Christen machen, unter anderem durch »Entpolitisierung« und die allsonntägliche Übertragung des Wortes Gottes in Funk und Fernsehen.

Für die am 1. Juli stattfindenden Wahlen in Mexiko ist der aussichtsreiche linke Präsidentschaftskandidat Andrés Manuel López Obrador mit seiner Partei Morena ein Wahlbündnis mit der evangelikal geprägten ultrakonservativen Splitterpartei PES eingegangen. López Obrador ist ohnehin noch nie durch großen Eifer für feministische Forderungen oder die Belange von LGBT aufgefallen, so ist nach seinem möglichen Wahlsieg kaum mit progressiven Reformen in der Geschlechter- und Familienpolitik zu rechnen.

Auch in Brasilien, wo die aus über 90 von 513 Mitgliedern der Abgeordnetenversammlung bestehende fraktionsübergreifende Gruppe der Evangelikalen bereits heute die mächtigste parlamentarische Interessenvertretung bildet, dürfte der evangelikale Einfluss weiter steigen. Umfragen zufolge könnte der wegen Korruption verurteilte ehemalige linke Präsident Luiz Inácio Lula da Silva die im Oktober stattfindenden Präsidentschaftswahlen deutlich gewinnen. Diese Woche wird der Oberste Gerichtshof über Lulas Einspruch gegen das Urteil befinden und damit entscheiden, ob er als Kandidat zugelassen wird. Am Dienstag vergangener Woche waren Busse seines Wahlkampfteams im südlichen Bundesstaat Paraná beschossen worden. Lula sprach von einem Angriff »faschistischer Gruppen«. Einige Beobachter vermuten hinter den Angriffen Anhänger des rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Jair Bolsonaro, der zwar Katholik, in seinen Ansichten aber genauso konservativ und homophob wie evangelikale Hardliner ist. Doch auch von Lula wäre im Hinblick auf eine fortschrittliche Gesellschaftspolitik nicht viel zu erwarten. Während seiner ersten Amtszeit hatte er zusammen mit evangelikalen Politikern regiert. Bedeutende gesellschaftspolitische Reformen waren damals nicht zu verzeichnen.